

Aus der Dewezet Hameln
Ausgabe 090100 - Dewezet Hauptausgabe
Dienstag, 24. Januar 2012
Seite 10
© 2011 Dewezet

Stadt soll mindestens Mindestlohn zahlen

Antrag der Linke-/Piraten-Fraktion im Hamelner Rat gegen Sozialdumping bei der Auftragsvergabe

Hameln (HW). „Unfaire Löhne sind eine der größten Bedrohungen des sozialen Friedens und des sozialen Zusammenhalts“, sagen Peter Kurbjuweit und Jörgen Sagawe. „Im öffentlichen Beschaffungswesen ist die Gewährleistung einer ordentlichen Bezahlung ein unverzichtbares Mittel, um Lohn- und Sozialdumping bei öffentlichen Aufträgen zu unterbinden.“ Die Vertreter der Linken und der Piraten, die sich im Hamelner Rat zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben, wollen verhindern, dass Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge untertariflich entlohnte Beschäftigte einsetzen und sich damit ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen. Eine derartige Praxis hat laut Kurbjuweit und Sagawe nicht nur unsoziale Folgen für die Beschäftigten, sie gefährde auch im erheblichen Maße die Wettbewerbsposition derjenigen Unternehmen, die tarifgebundene Arbeitsplätze anbieten. Die Fraktion hat deshalb bei Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann einen Antrag eingereicht, der nun im Ausschuss für Finanzen, Personal und Wirtschaft beraten und beschlossen werden soll. Auch der Vertreter der Linken im Kreistag, Frank Pook, hat einen solchen Antrag (wir berichteten) bei der Kreisverwaltung eingereicht. Linke und Piraten fordern nun für die Stadt Hameln:

- Bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand werden tarifliche Löhne gezahlt.
- Wo keine Tarife gelten, wird ein Mindestlohn gezahlt.

- Sozialverträgliche, umweltfreundliche, energieeffiziente, gleichstellungs- und integrationsfördernde sowie auch mittelstandsfreundliche Kriterien werden einbezogen.

- Es wird berücksichtigt, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge keine Waren verwandt werden, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der ILO, der 1919 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, festgelegten

Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.

Kurbjuweit und Sagawe fordern, „wegen des Vorbildcharakters der öffentlichen Hand“ für die Gewährleistung des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer sowie der Unternehmen vor ruinösem Wettbewerb soziale Standards festzulegen, die bei der Durchführung öffentlicher Aufträge nicht unterschritten werden dürfen. „Es müssen Mindestanforderungen an die Transparenz, Gleichbehandlung

und Nichtdiskriminierung im Rahmen der Auftragsvergabe, gestellt werden, die den gestiegenen europarechtlichen Anforderungen Rechnung tragen“, heißt es in der Antragsbegründung.

Zudem müsse klargestellt werden, dass soziale, innovative, gleichstellungs- und integrationspolitische Aspekte sowie solche des Umweltschutzes und der Energieeffizienz in jeder Phase des Vergabeverfahrens berücksichtigt werden. Mit einem festgelegten Mindestlohn übernahme der

Auftraggeber die politische Verantwortung und hielte sich an die europarechtlichen Vorgaben.

Kurbjuweit und Sagawe sind überzeugt: „Durch die Einbeziehung von sozialen Kriterien ebenso wie von Aspekten des Umweltschutzes und der Gleichstellung im Vergabeverfahren wird der Vorbildcharakter der öffentlichen Hand im Interesse wichtiger Gemeinwohlbelange wie Sozialverträglichkeit, Umweltschutz, Energieeffizienz und Innovation gestärkt.“



Für Aufträge der Stadt Hameln sollen künftig Tarif, zumindest jedoch Mindestlöhne gezahlt werden. Das fordert die Linke-/Piraten-Ratsfraktion in einem Antrag. Foto: Bilderbox